

Zu teures neues „Stadtgrün“?

Bedenken gegen Städtebau-Antrag

Hildesheim. In der Politik gibt es Vorbehalte gegen eine Bewerbung für Zuschüsse aus dem Städtebauförderung-Programm „Zukunft Stadtgrün“. Das Rathaus will mit dem Geld den Hohnsensee verschönern und die Wege in den Wallanlagen verbessern. Die Bewerbung muss bis Anfang September beim Landesozialministerium sein, der Rat müsste den Antrag in seiner Sitzung Ende August beschließen. Im Finanzausschuss ließen Grüne und FDP jetzt Bedenken durchblicken.

Die richteten sich nicht gegen das inhaltliche Konzept, betonte Volker Spieth. Doch dem finanzpolitischen Sprecher der Grünen macht der Eigenanteil zu schaffen. Die Verwaltung hat das Konzept mit vier Millionen Euro veranschlagt, davon müssten aus dem Haushalt im schlechtesten Fall 1,3 Millionen Euro fließen – nämlich dann, wenn Bund und Land der Kommunen nur einen Zwei-Drittel-Zuschuss bewilligen. Im besten Fall könnte die Zuwendung 90 Prozent der Kosten betragen, Planungsamtschefin Sandra Brouer hofft mindestens auf 80 Prozent. In deren Genuss kommen finanzschwache Kommunen, Hildesheim hat davon bereits oft profitiert.

Spieth und auch FDP-Vertreter Michael Kriegel deuteten mit Nachfragen an, dass ihnen der kommunale Beitrag Bauchschmerzen bereitet. Zumal die bei der Verwaltung angemahnte Prioritäten-Liste mit allen Investitionsvorhaben fehle, erinnerte der Grüne. Er wollte den Antrag deshalb mit dem Hinweis versehen, dass er nur bei einer Förder-Quote von 90 Prozent zum Tragen kommen solle. Das sei nicht möglich, betonte Brouer. Kämmerer-Chef Ulf Behnel sprang ihr bei: Hildesheim werde nicht mehr lange als finanzschwache Kommune gelten, die Lage habe sich dank des Zukunftsvertrages verbessert. So sind die Schulden der Stadt erstmals seit Jahren unter die 100-Millionen-Euro-Marke gerutscht. Auch die Sorge, ab 2018 drohten im Haushalt Millionen-Fehlbeträge, ist vom Tisch. Der Ausschuss gab keine Empfehlung zum Fördermittel-Antrag, die Entscheidung fällt im Rat. *br*